Herrn
Bundesrat Joseph Deiss
Vorsteher des Eidg. Volkswirt-
schaftsdepartements
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zürich, 27. Juni 2003

„TRIPS-plus“-Bestimmungen in EFTA-Freihandelsabkommen

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben am 26. Juni in Kristiansand, Norwegen im Namen des Schweizer Bundesrates ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Chile unterzeichnet, welches Bestimmungen über den Schutz der geistigen Eigentumsrechte enthält, die weit über die WTO-Regeln hinausgehen. Die Erklärung von Bern hat zusammen mit drei Nichtregierungsorganisationen aus den drei anderen EFTA-Staaten einen offenen Brief an Sie und die zuständigen Minister der anderen EFTA-Staaten gerichtet, in welchem wir diese Politik vehement ablehnen (siehe Beilage). Es gibt keinen Grund, weshalb ein Entwicklungsland Verpflichtungen eingehen sollte, die über die schon weitreichenden Bestimmungen des WTO TRIPS-Abkommens hinausgehen.

Das Abkommen mit Chile ist das fünfte solche Abkommen, das die EFTA-Staaten mit einem Entwicklungsland abschliessen. Zuvor wurden Abkommen mit Marokko (1997), der Palästinensischen Autonomiebehörde (1998), Mexiko (2000) und Jordanien (2001) unterzeichnet. Alle diese Abkommen enthalten äusserst problematische „TRIPS-plus“ Bestimmungen. Gegenwärtig verhandeln EFTA-Vertreter solche Handelsverträge mit Ägypten, Libanon, Südafrika und Tunesien. Wir befürchten, dass die EFTA-Staaten auch in diesen Fällen ungebührlichen Druck auf diese Länder ausüben werden, Bestimmungen über die Patentierung von Leben, bzw. allgemein Bestimmungen, die über die WTO-Regeln hinausgehen, einzuschliessen. Wir ersuchen Sie eindringlich, diese Politik sofort zu stoppen.

Was steht auf dem Spiel ? Die EFTA-Staaten drängen Entwicklungsländer dazu, internationalen Konventionen wie der UPOV 91 oder dem Budapest-Vertrag beizutreten, welche die Rechte der Bauern einschränken und die Patentierung von Leben, wie z.B. Mikroorganismen erleichtern. Wir sind überzeugt, dass diese Politik nicht im Interesse der Bauern, v.a. der Kleinbauern in diesen Entwicklungsländern ist. So wird z.B. deren Recht, Saatgut frei untereinander austauschen zu dürfen, eingeschränkt. Wir sind der Ansicht, dass diese Politik grundlegend falsch ist und der schweizerischen Entwicklungspolitik widerspricht.

Gleichzeitig betont die Schweiz immer wieder, dass das WTO Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) die Entwicklungsländer nicht dazu verpflichtet, die Patentierung von Pflanzen und Tieren zuzulassen und dass es diesen hinsichtlich des Schutzes von Pflanzensorten viel Flexibilität belässt.¹

Diese „TRIPS-plus“ Politik, die auch von anderen Industrieländern wie den USA und der EU verfolgt wird, ist von der britischen Kommission für geistige Eigentumsrechte in ihrem Bericht vom September 2002 kritisiert worden. Am 7. Mai 2003 nahm die britische Regierung wie folgt Stellung zum Bericht:

“... Wir gehen auch damit einig, dass bilaterale und andere Abkommen in der Regel die Länder nicht dazu verpflichten sollten, Bestimmungen oder Fahrpläne betreffend geistige Eigentumsrechte zu übernehmen, die über das TRIPS hinausgehen. Wir für unseren Teil werden uns dafür einsetzen, dass die Abkommen der EU den Entwicklungsländern keine Verpflichtungen auferlegen, die über das TRIPS hinausgehen.“

Wir erwarten vom Bundesrat und den Regierungen der anderen EFTA-Staaten, dass sie sich dieser Politik anschliessen und einen sofortigen Stopp von weiteren „TRIPS-plus“ Abkommen verfügen.

Mit freundlichen Grüssen

Bernhard Herold
Erklärung von Bern

Beilagen: - offener Brief vom 26.6.2003 an die EFTA-Minister (d und e)
 - Hintergrundpapier zu den „TRIPS-plus“ Abkommen der EFTA (e)

Kopie: (inkl. Beilagen)
 Herrn Felix Addor, Institut für Geistiges Eigentum (IGE), Einsteinstrasse 2,
 3003 Bern
 Herrn Walter Fust, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),
 Freiburgstrasse 130, 3003 Bern
 Herrn Marino Baldi, Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Effingerstrasse
 1, 3003 Bern
 Herrn Luzius Wasescha, Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Effinger-
 strasse 1, 3003 Bern

¹ Siehe z.B. Eingabe der Schweiz bei der WTO vom 15.6.2001 (IP/C/W/284) Ziff. 22:
„...Nonetheless, Switzerland agrees with those Members who state that there may be other sui generis systems of protection for plant varieties that meet the requirements of Article 27.3(b) besides the UPOV system of protection.“